

# Fachkräfte beraten auch bei juristischen Fragen

**BETREUUNGSGEMEINSCHAFT** 125 Fälle – Astrid Grotelüschen und Björn Thümmler informieren sich

**BRAKE/ULS** – Sie kümmern sich täglich um das Wohl Anderer, dabei geht es ihnen selbst schlecht: Die Betreuungsgemeinschaft Wesermarsch in Brake ist einer von 58 anerkannten Betreuungsvereinen in Niedersachsen und hat — wie viele von ihnen — ein Finanzierungsproblem.

Der Hauptgrund ist laut Astrid Grotelüschen (CDU) simpel: Seit 2005 sei die Vergütung für beruflich geführte rechtliche Betreuung nicht angepasst worden. „Die Vereine sind teilweise in ihrer Existenz gefährdet, obwohl wir

den Weg für mehr Geld im Bundestag bereits im Mai frei gemacht haben. Das ist für alle frustrierend“, berichtet die Bundestagsabgeordnete. Einige Bundesländer, darunter auch Niedersachsen, hätten bisher eine Abstimmung im Bundesrat verhindert.

## Lage klären

Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Björn Thümmler (CDU) hat Astrid Grotelüschen das Gespräch mit Christine Bussas, einer der beiden Geschäftsführerinnen

der Betreuungsgemeinschaft, gesucht, um die Lage zu klären und nach möglichen Lösungen zu suchen.

Derzeit betreut das Team in der Wesermarsch 125 Fälle. Für diese Menschen kümmern sich die geschulten Fachkräfte um wichtige juristische Fragen und tragen große Verantwortung. Das ist gerade in der Wesermarsch häufig ein Zeitproblem, denn von durchschnittlich drei angesetzten Stunden vergüteter Betreuungsleistung pro Fall pro Monat ist in manchen Fällen allein die Hälfte reine

Fahrtzeit und der tatsächliche Aufwand ohnehin viel höher.

Zusätzlich zu den drei hauptamtlichen Kräften hat die Gemeinschaft 40 ehrenamtliche Betreuer.

## Mitarbeiter ausgelastet

Doch auch die sind bis zum Maximum ausgelastet, was den Verein an seine Grenzen bringt, wie Christine Bussas bestätigt. „Die Finanzierung ist hier leider nicht so solide aufgebaut wie in anderen Landkreisen. Eine größere Unterstützung vom Kreis wäre

wünschenswert“, ergänzt Björn Thümmler, der mit der Landtagsfraktion bereits im August einen Antrag gestellt hatte, sich im Bundesrat für die Beratung und positive Entscheidung über die Erhöhung einzusetzen. Der jedoch stieß auf Ablehnung.

Wie bei anderen Betreuungsvereinen macht auch der gestiegene bürokratische Aufwand, beispielsweise bei der Dokumentation der Fälle und erbrachten Leistungen, den Betreuern inzwischen sehr zu schaffen und bindet Zeit, die dringend gebraucht wird.